

## **Auflistung der Unwahrheiten und Wortbrüche**

### Wörtliche Zitate aus Koalitionsvertrag

„Aufbruch in eine bessere Zukunft“: Wir brauchen nicht nur eine neue politische Kultur des Vertrauens in die Bürgerinnen und Bürger, sondern vor allem braucht die Politik wieder das Vertrauen der Menschen.

Wir werden verlässlich sein und hart dafür arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Koalition des Aufbruchs vertrauen können. Wir sind Partner für eine bessere Zukunft Schleswig-Holsteins!

Wir werden die von der Universität Lübeck gewünschte Entwicklung hin zu einer Stiftungsuniversität sorgfältig prüfen und unsere Entscheidungen hierzu in Abstimmung mit der Universität Lübeck insbesondere auf das Ziel ausrichten, die künftige Entwicklung dieser Universität finanziell und strukturell besser abzusichern.

CDU und FDP werden ... dafür sorgen, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein sich im Wettbewerb um hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die besten Studierenden behaupten können.

Das Land unterstützt die Hochschulen bei Fortsetzungs- und Neuanträgen zur Exzellenzinitiative und stellt die notwendigen Komplementär-Finanzierungen bereit.

Das Land nimmt seine Verantwortung für die künftigen Studienbewerberinnen und Studienbewerber wahr und beteiligt sich gemäß der geltenden Bund/Länder-Vereinbarung am Hochschulpakt.

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Bereichen. Hierzu werden wir eng und vertrauensvoll mit den Partnern der Selbstverwaltung zusammenarbeiten. CDU und FDP setzen sich für eine Stärkung dieser Partner ein.

### Handeln der Jagers und der Landesregierung

Das eben dieses Vertrauen - so weit es noch vorhanden war - nun auch zerstört wurde, begründet sich in der Tatsache, dass die Landesregierung mit Ihrem Einsparkatalog die noch von ihr im Oktober 2009 getroffenen Zusagen bricht.

Das soll diese Gegenüberstellung von Zitaten aus dem Koalitionsvertrag und den jetzigen Aussagen der Landesregierung bzw. deren Handeln verdeutlichen.

Von der Abwicklung der Medizinischen Fakultät in Lübeck und der daraus zwangsläufig folgende Schließung der gesamten Universität hat das Präsidium aus der Zeitung erfahren. Niemand der Betroffenen wurde in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Die Universität wird finanziell und strukturell zusammengekürzt.

Bereits mit der Ankündigung, dass die medizinische Fakultät geschlossen werden soll, hat der Exodus begonnen: Der Uni ist es unmöglich die offenen Stellen zu besetzen. Spitzenwissenschaftler, die sich bereits beworben hatten, sagen ab und Studenten gehen lieber an sichere Standorte.

Die Landesregierung hat der Universität zu Lübeck verboten, sich für die 3. Förderlinie der Exzellenzinitiative zu bewerben. (Entsprechendes Schriftstück liegt vor)

LN vom 11.6.: Kiel - 9700 zusätzliche Studienplätze soll das Land bis 2015 laut Hochschulpakt schaffen, die Hälfte der Kosten zahlt der Bund. Der Wissenschaftsminister aber will das Angebot zurückgeben.

In Zukunft wird es für ganz Schleswig-Holstein nur noch ein Krankenhaus mit akademischer Maximalversorgung geben. Wohnortnah ist dies also keineswegs und die Degradierung der Uniklinik in Lübeck zu einem städtischen Krankenhaus kann wohl kaum als Qualitätsverbesserung interpretiert werden.